



HESSISCHER LANDTAG

11. 07. 2023

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Aufstiegsversprechen erneuern - Soziale Mobilität stärken

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass das Aufstiegsversprechen zu den Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft und unserer demokratischen Gesellschaft gehört. Damit das Aufstiegsversprechen in unserem Land Realität wird, braucht es Chancengerechtigkeit für alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Alter, über die gesamte Bildungslaufbahn und das Erwerbsleben hinweg.
2. Der Landtag stellt fest, dass der Befund verschiedener Studien, wonach zunehmend weniger sozialer Aufstieg möglich sei, aus zwei Gründen problematisch ist: auf individueller Ebene, weil es ein Kernelement unserer liberalen Gesellschaft ist, dass Menschen sich durch eigene Leistung selbst verwirklichen und wirtschaftlich absichern können, aber auch für unsere gesamte Wirtschaft, die durch sozialen Aufstieg von qualifizierten Fachkräften profitiert.
3. Der Landtag betont, dass für bestimmte Gruppen das Aufstiegsversprechen von besonderer Bedeutung ist, weil ihnen das Vorankommen durch eigene Leistung überdurchschnittlich häufig verwehrt bleibt. Dazu gehören Jugendliche ohne deutschen Pass, die häufiger keinen Bildungsabschluss erwerben, Jugendliche aus schwierigen sozialen Lagen, die seltener eine Hochschulzugangsberechtigung erreichen sowie Frauen, die unter Menschen mit geringem Einkommen überrepräsentiert sind.
4. Der Landtag betont, dass Bildung eine der wichtigsten Voraussetzungen für sozialen Aufstieg ist. Qualitativ hochwertige Bildungsangebote, die mit ausreichend finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet sind, sind grundlegend, um das Aufstiegsversprechen in unserem Land erneuern zu können. Dies gilt für die frühkindliche Bildung, die allgemeine und berufliche Bildung sowie die Hochschulbildung gleichermaßen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung vor diesem Hintergrund auf, frühkindliche Bildung endlich zum Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen und folgende Maßnahmen schnellstmöglich umzusetzen:
 - a) eine breite Fachkräfteoffensive, die statt einer fortschreitenden Absenkung von Standards eine flächendeckende Ausbildungsvergütung und bessere Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten für höher qualifizierte Fachkräfte umfasst;
 - b) den Aufbau eines „Instituts für Frühkindliche Bildung“, das ergriffene Maßnahmen evaluiert, Forschungsvorhaben durchführt, die frühe Bildung in den Einrichtungen und die Umsetzung des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans regelmäßig evaluiert und Vorschläge für zu ergreifende Maßnahmen macht;
 - c) die MINT-Förderung auszubauen und den Stand der Digitalisierung und der Angebote der digitalen Bildung anhand eines Atlas „Digitale Kita“ zu erheben;
 - d) die Sprachförderung in den Einrichtungen u. a. durch flächendeckende Sprach-Screenings konsequent zu stärken und Ressourcen hierfür zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

6. Der Landtag bekennt sich dazu, im Bereich der schulischen Bildung Chancengerechtigkeit zum Leitmotiv der Bildungspolitik zu machen. Dafür sollten die Bereiche Ganztags-, Lehrkräftemangel und Qualität in der Bildung sowie individuelle Förderung zuvörderst angegangen werden. Der Landtag fordert die Landesregierung vor diesem Hintergrund auf,
- a) den Fach- und Lehrkräftemangel mit folgenden Maßnahmen zu bekämpfen:
 - i) einem bedarfsgerechten Ausbau der Studienplätze auf Grundlage einer transparenten Lehrkräftebedarfsplanung;
 - ii) einer differenzierten Erhebung über Studienabbrüche und Studienwechsel in den Lehramtsstudiengängen und differenzierte Handlungsempfehlungen, um die Quote zu verringern;
 - iii) einer Fachkräfteoffensive insbesondere bei Grund- und Förderschullehrkräften auch durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen;
 - iv) einer Aufwertung des Grundschullehramts, die A 13 ab 2026 und eine Regelstudienzeit von zumindest neun Semestern umfasst;
 - v) einem Ausbau des Quereinstiegs mit einer Diversifizierung der Zugänge und der Entwicklung vielfältiger, auch berufsbegleitender, Programme.
 - b) die Qualität im Bereich ganztägige Bildung und Betreuung sicherzustellen und hierfür:
 - i) eine klare Verantwortung des Landes bei der Zusammenführung der Bedarfe und der Erstellung eines Ausbauplans zu übernehmen;
 - ii) qualitative (Mindest-)Vorgaben für die Einsetzung des Personals zu entwickeln und hierfür eine Regelung analog dem Fachkraftkatalog in den Kindertagesstätten zu prüfen;
 - iii) eine Fachkräfteoffensive umzusetzen, die auch Weiterbildungsmöglichkeiten miteinbezieht.
 - c) die Qualität der schulischen Bildung insgesamt signifikant zu erhöhen, die individuelle Förderung zu verbessern und hierfür:
 - i) eine datengestützte Schulentwicklung mit dem Schwerpunkt eines Abbaus von Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten zur Grundlage bildungspolitischer Maßnahmen zu machen;
 - ii) den Einsatz digitaler Instrumente für die individuelle Förderung deutlich auszubauen und hier insbesondere die Nutzung KI-gestützter Anwendungen durch einen KI-Einsatzrahmen, einen Pool KI-gestützter Anwendungen und KI-Innovationsschulen zu fördern;
 - iii) die ökonomische und finanzielle Bildung an Schulen zu verbessern und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Schulen das Fach Politik und Wirtschaft in zwei Fächer aufteilen können;
 - iv) die kulturelle Bildung mit der Einführung eines Kulturbudgets zu stärken und Bibliotheken als außerschulische Lernorte vollständig kostenfrei zu machen.
7. Der Landtag stellt fest, dass eine abgeschlossene Ausbildung und ein abgeschlossenes Studium weiterhin die besten Voraussetzungen für ein abgesichertes Erwerbsleben sind. Der Landtag fordert die Landesregierung vor diesem Hintergrund auf:
- a) die Berufsorientierung in allen Schulformen und Bildungsgängen zu stärken und benachteiligte Jugendliche dabei besonders in den Blick zu nehmen; ein eigenes Budget für die Berufsorientierung ist zu prüfen;
 - b) vorhandene Programme zu evaluieren und weitere Programme zu entwickeln, die das Ziel haben, Jugendliche zu einem Schulabschluss und in ein Ausbildungsverhältnis zu vermitteln;
 - c) die sonderpädagogische Förderung in allen Bildungsgängen der beruflichen Schule sicherzustellen;
 - d) die Themen „Vielfalt in der Arbeitswelt“ und „Moderne Unternehmenskultur“ stärker in der beruflichen Bildung zu verankern;
 - e) die Durchlässigkeit des Systems zu verbessern und hierfür insbesondere Informationen zu Studium und Studienfinanzierung an beruflichen Schulen zu stärken;
 - f) Mentorsysteme für junge Menschen aus Nicht-Akademikerfamilien am Übergang von Schule und Studium zu etablieren.

8. Der Landtag betont, dass der Befund, dass Frauen im Schnitt weiterhin weniger verdienen als Männer, häufiger in Teilzeit arbeiten und damit im Alter schlechter abgesichert sind, darauf schließen lässt, dass die Gleichberechtigung von Mann und Frau weiterhin nicht erreicht ist. Um die Förderung von Frauen zu stärken und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit zu erreichen, fordert der Landtag die Landesregierung auf:
- a) den Ausbau qualitativ hochwertiger und bedarfsgerechter Kinderbetreuungsangebote sicherzustellen;
 - b) flexible Arbeitszeitmodelle wie z. B. Gleitzeit und Jobsharing zu fördern und ein Recht auf mobiles Arbeiten einzuführen;
 - c) Frauen zu bestärken, in Selbstständigkeit zu gehen und Führungspositionen zu übernehmen und hierfür die Zusammenarbeit von Schulen und außerschulischen Initiativen in den Bereichen Unternehmertum und Gründung zu verstärken;
 - d) die Begeisterung von Mädchen und Frauen im MINT-Bereich durch die Einführung eines flächendeckenden Informatikunterrichts in der Sekundarstufe I zu fördern und die Zusammenarbeit mit außerschulischen Programmen in diesem Bereich auszubauen;
 - e) darauf hinzuarbeiten, klassische Frauenberufe und -positionen, welche durchschnittlich schlechter bezahlt werden als klassische Männerberufe, aufzuwerten und damit im öffentlichen Sektor zu beginnen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 11. Juli 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock